



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

489 (28.10.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194067](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194067)

Mannheimer General-Anzeiger

Verlagsstelle: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. 10. 1.10 für Verlagsschiff u. Einzahlungsstelle Nr. 7. — Postbezugsstelle: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. 10. 1.10 für Verlagsschiff u. Einzahlungsstelle Nr. 7. — Postbezugsstelle: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. 10. 1.10 für Verlagsschiff u. Einzahlungsstelle Nr. 7. — Postbezugsstelle: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. 10. 1.10 für Verlagsschiff u. Einzahlungsstelle Nr. 7.

Bayerische Neueste Nachrichten

Verlagsstelle: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. 10. 1.10 für Verlagsschiff u. Einzahlungsstelle Nr. 7. — Postbezugsstelle: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. 10. 1.10 für Verlagsschiff u. Einzahlungsstelle Nr. 7. — Postbezugsstelle: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. 10. 1.10 für Verlagsschiff u. Einzahlungsstelle Nr. 7.

Der Kampf um den Oberrhein.

Frankfurt, 28. Okt. (Priv.-Tel.) Aus informierten Kreisen schreibt die Frankfurter Zeitung unter anderem: Frankreich hat die absurde Idee längs des Rheins von Bingen bis Straßburg einen großmächtigen Kanal anzulegen, jedoch der freie Rhein in einen Seitenkanal verlegt wird. Es glaubt sich dabei auf den Artikel 358 Absatz A und B des Friedensvertrages stützen zu können. Die in diesem Artikel Frankreich gewährten Rechte bedürfen zu ihrem Vollzuge jedoch der Zustimmung der Rheinischschiffahrtskommission. Wenn der amerikanische Plan der Franzosen in Erfüllung geht, dann würde künftig die Rheinschiffahrt in Straßburg endigen. Die Schiffahrt zunächst in Basel und später bis zum Bodensee würde ganz der Willkür Frankreichs unterworfen sein. Es könnte die Schiffahrt oberhalb Straßburgs einfach unmöglich machen, jedoch Straßburg zum Endhafen und Umschlaghafen nicht nur für Frankreich, sondern insbesondere auch für die Schweiz und Oberitalien werden würde. Möglich ist also, daß die französischen Staatsmänner um Straßburg für Frankreich dauernd zu inaccessieren, mit einem derartigen Plan umgehen. Von den an der Rheinischschiffahrtskommission beteiligten 7 Staaten hat an einer derartigen Unterbindung der Schiffahrt außer Frankreich niemand Interesse. Für die Schweiz ist die Schiffahrt im Rheinbecken geradezu eine Lebensfrage. Alle Pläne, die Schweiz mit dem Mittelmeer zu verbinden, treten in den Hintergrund gegenüber dem durch den Schiffahrtsstrom Europas mit der ganzen Erde sichere und rasche Verbindung zu erhalten. Deutschland hat für den Kampf der Schweiz um ihr Recht volles Verständnis. Es ist Pflicht des deutschen Volkes, der Schweiz in ihrem schweren Kampf um ihre Existenz behilflich zu sein. Gerade die beiden in erster Linie in Betracht kommenden Völker, die Schweiz und Holland, haben während des ganzen Krieges strengste Neutralität gewahrt. Der Friedensvertrag von Versailles trägt in sich so viel Brutalität und Unterdrückung, daß man es auf das Lebhafteste begrüßen muß, wenn die neutralen Völker jeden Versuch, ihre politische oder wirtschaftliche Selbständigkeit einzuschränken, aufs schärfste zurückweisen.

Der Artikel fährt weiter aus, daß Deutschland an der Seite derjenigen Länder Stellung nehmen müsse, die von Frankreich an die Wand gedrückt werden sollen.

Wahrscheinlich wird bei den bald beginnenden Verhandlungen der Zentralrheinschiffahrtskommission der internationalen Rhein der Boden, auf dem sich zum erstenmal wieder Deutschland mit einem großen Teil der übrigen Völker Europas zum gemeinsamen Handel zusammenfinden kann, um unerbittliche und unerfüllbare Forderungen Frankreichs abzuwehren.

Die französisch-englischen Unstimmigkeiten.

Englands Verzicht auf die Beschlagnahme deutschen Eigentums.
London, 28. Oktober. (B. B.) Der gut unterrichtete Evening Standard wendet sich gegen die Kommentare, die die französische Presse an die Nachricht von dem englischen Verzicht auf die Beschlagnahme deutschen Eigentums knüpft. Das Blatt betont, daß die englische Regierung bereits im Dezember 1919 bekannt gab, daß das deutsche Eigentum, das nach der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen erworben wurde, der Beschlagnahme nicht unterliegt. Die neueste Entschliessung der englischen Regierung gehe noch weiter. Sie sei hauptsächlich auf die immer dringender werdenden Vorstellungen der englischen Interessenten zurückzuführen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, soweit sie sich auf England beziehen, aufgehoben würden. Diese Vorstellungen sind hauptsächlich gewesen, um die Räder des englischen Handels zu olen. Das Blatt fügt hinzu, daß einschlägige Persönlichkeiten des französischen Handels es gerne sehen würden, wenn die französische Regierung in dieser Beziehung dem englischen Beispiel folgen würden. Ein Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen in Europa sei getan.

Paris, 28. Oktober. (B. B.) Nach dem Petit Parisien bezieht das Vorgehen Englands in der Frage der Sperrmaßnahmen gegenüber dem deutschen Eigentum eine Vertiefung des Friedensvertrages, weil hier ein Unvereinbar ohne Mitteilung an die übrigen Mitunterzeichner auf einen Teil der vorgegebenen Zwangsmaßnahmen verzichtet habe. Andererseits sei auch das Abkommen von St. Remo verletzt worden. Durch dieses Abkommen ist bestimmt worden, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausführung des Friedensvertrages sicherzustellen, und nur unter dieser Bedingung habe sich Frankreich bewegen lassen, vor der festgesetzten Frist die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme fixieren zu lassen. Das Blatt glaubt, daß das englische Vorgehen die anderen Alliierten zu einem ähnlichen Vorgehen veranlassen könnten. Wenn man dem englischen Handel und der englischen Schiffahrt keine Vorzugstellung gegenüber einräumen wolle, so müsse man schon seinem Beispiele folgen.

Der Zweck des französisch-belgischen Militärabkommens.
Brüssel, 28. Okt. (B. B.) Delcroix erklärte im Senat im Namen der Regierung, daß das französisch-belgische Militärabkommen kein anderes Ziel bezwecke, als sich gegen einen unerbittlichen Feind seitens Deutschlands zu sichern. Die zwischen Wilson und Delcroix im letzten Monats betr. des Lieberkeim-Vertrages geschlossenen Verträge wurden beziffert. Die Verletzung dieser Verträge waren von allgemeiner Zustimmung begleitet.

Irlands Freiheitskampf.
Die Totenschau für den Bürgermeister von Cork.
London, 28. Okt. (B. B.) Bei der Totenschau für den verstorbenen Bürgermeister Mr. Swiney im Bridgetown-Friedhofsaal fielen die Geschworenen den Wahrspruch, daß der

Tod auf Erschöpfung infolge der Verweigerung der Nahrungsaufnahme zurückzuführen sei. Der Gefängnisarzt bezeugte, daß man Swiney Nahrung zugeführt habe, als er bewußtlos war. In seinem Schlusswort sagte der Leichenbeschaumer, er habe kein Recht, die Erlaubnis zu erteilen, daß die Leiche Swineys nach Irland übergeführt werde. Die Angehörigen des Verstorbenen führen darauf nach dem Home office, um die Freigabe der Leiche zu erreichen. Die Blätter sind der Ansicht, daß die Leiche nur freigegeben werden wird, wenn auf den beabsichtigten feierlichen Zug durch London verzichtet wird. In Queensstown und Liverpool sowie andern Städten wurden heute Trauermessen abgehalten.

London, 28. Okt. (B. B.) In Dublin fanden ausgedehnte militärische Durchsuchungen der hauptsächlichsten Hotels statt, Verhaftungen wurden aber nicht vorgenommen. Ein Sachverständiger für Rechnungsangelegenheiten nahm an der Untersuchung des Ministers in der Minister und Leicester Bank in Dublin teil und legte eine bedeutende Summe mit Beschlagnahme, die, wie man annimmt, den irischen Republikanern zur Verfügung stand.

Die Streifsbewegung der englischen Bergarbeiter.

Ein neuer Konflikt.
Paris, 28. Okt. (B. B.) Wie der „Matin“ aus London meldet, hat sich gestern bei den Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der Bergarbeiter ein neuer Konflikt ergeben. Infolge dessen ist das Abkommen noch nicht endgültig unterzeichnet worden. Heute nachmittag wird das Exekutivkomitee der Bergarbeiter nochmals mit den Regierungsvertretern verhandeln.

London, 28. Okt. (B. B.) Die Konferenz der Regierungsvertreter, zunächst mit den Bergwerksbesitzern und dann mit dem Vollzugsausschuss der Bergarbeiter dauerte den ganzen Tag über an. Der Kongress des Vollzugsausschusses der Bergwerksbesitzer, der für gestern vormittag, um über die einzunehmende Haltung angesichts des Bergarbeiterstreikes zu beraten, ein berufen worden war, wurde auf den nachmittag vertagt, um den Bericht des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter entgegenzunehmen. Man glaubt, daß sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bergarbeitern und der Regierung jetzt nur noch auf die Dauer des Zeitabschnittes beziehen, für den die Lohnerhöhung versuchsweise bewilligt werden soll.

London, 28. Okt. (B. B.) Der Kongress des Exekutivkomitees der Trade-Union von Großbritannien, der am Mittwoch zur Erörterung über den Bergarbeiterstreik zusammenzutreten sollte, ist auf nächsten Mittwoch vertagt worden.

Paris, 28. Okt. (B. B.) Nach dem „Manchester Guardian“ gewährte die Regierung in den Verhandlungen mit dem Vollzugsausschuss der Bergarbeiter die sofortige Lohnerhöhung von zwei Schilling, der Vollzugsausschuss seinerseits übernimmt einen Teil der Verantwortung für eine Erhöhung der Produktion. Die Arbeit wird am 1. November wieder aufgenommen.

Die Gegenrevolution in Rußland.

Kopenhagen, 28. Okt. (Priv.-Tel.) Die revolutionären Nachrichten aus Rußland häufen sich auffallenderweise, und wenn man auch den einzelnen Berichten keine übertriebene Glaubwürdigkeit zusprechen braucht, so ergibt sich doch das Gesamtbild einer allgemeinen Unruhe im Lande. Die neuesten Nachrichten betonen, daß die Regierung mit einem bisher ungeahnten Terror die Bewegung im Lande zu unterdrücken sucht. In Moskau werde der Belagerungszustand außerordentlich streng gehandhabt. Zivilpersonen dürften nachts sich auf den Straßen überhaupt nicht zeigen. Die Soldaten müssen mit Einbruch der Dunkelheit wieder in ihren Quartieren sein und erhalten keinerlei Rasturlaub. Zum Oberbefehlshaber aller Truppen im Gobiets von Moskau ist einer der berüchtigtesten Kommissare der Sowjetregierung ernannt worden, nämlich Dscherschenst, der zahllose Menschenleben auf dem Gewissen hat und dessen Ernennung deutlich den Ernst der Lage erkennen läßt. Auch aus Petersburg kommen neue Meldungen über ernsthafte Unruhen, die sogar soweit gehen, daß der Sturz der Rätereierung als nahe bevorstehend bezeichnet wird. Wenn man auch diesen Nachrichten nur teilweise Glauben schenken kann, so zeigt ihre Gesamtheit doch, daß die Räteregierung sich in einer so bedenklichen Lage befindet, wie vielleicht niemals vorher.

Oberschießen.

Beuthen, 28. Okt. (B. B.) General Lerond schickte die deutschseits gewählten Vertreter für den paritätischen Beirat in Oppeln, den Landrat v. Brodhagen-Tarnowitz (D.-K.) und den Schulrat Schöppnit-Rydzowicz (Ztr.) ab. Er begründet die Ablehnung mit der Bemerkung, daß sie Beamten seien.

Das neue Kabinett in Schweden.

Stockholm, 28. Okt. (B. B.) Nachdem die Ernennung der neuen Minister vollzogen war, äußerte sich der Ministerpräsident Fred. v. Geer u. a. dahin: In der Kalandsfrage ist die Politik Schwedens gleichzeitig mit der vertragsmäßigen Entmilitarisierung der Inselgruppe ohne irgend welche selbstständigen Absichten darauf eingestellt gewesen, das Recht der Kalandsbesitzung durchzusetzen, durch eine freie Willensäußerung selbst über ihre Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Die Bestrebungen Schwedens zur Anerkennung der Frage als internationale Angelegenheit sind von der früheren Regierung konsequent verfolgt worden. Ich lege Wert darauf, von vornherein sowohl vor dem Inlande als auch vor dem Auslande zu betonen, daß die jetzt an der Ruder gefommene Regierung die Absicht hat, bei der Behandlung dieser, nicht zum wenigsten durch ihre reale Bedeutung wichtigen Frage mit Festigkeit und ohne Abweichung die Politik fortzusetzen, die bereits durch die getroffene Maßnahme begründet worden ist.

Der Ministerpräsident betonte ferner, die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens während der jetzigen Niedergangsperiode zu treffen und strenge Sparmaßnahmen und Zurückhaltung sowohl in der öffentlichen, als auch in der privaten Wirtschaft zu beobachten. Man müsse hoffen, daß die Kosten, die die militärischen Rüstungen bisher verschiedenen euro-

päischen Staaten auferlegen durch die neue Rechtsordnung erleichtert werden können. Man müsse aber immer noch Bedacht darauf nehmen, daß die Wehrkraft Schwedens so aufrecht erhalten wird, daß die Selbstständigkeit des Landes nicht gefährdet wird. Bei aller Beobachtung der Spararbeit, die die Umstände erheischen, müßten die Bestrebungen der nächsten Zukunft auf die Aufrechterhaltung eines quantitativ guten Kerns der Landesverteidigung gerichtet sein. Falls die ihrer Befähigung harrenden Beschäfte betr. die Verfassungsänderungen vom Reichstage 1921 angenommen werden, müßten nach Ansicht der Regierung schon im nächsten Jahre die Zweite Kammer aufgelöst und Neuwahlen angesetzt werden. Nachdem solche Wahlen stattgefunden hätten, müßte neuerlich untersucht werden, inwieweit die Voraussetzungen für die Bildung einer Regierung auf der Grundlage des Parlamentarismus vorhanden sein.

Die große politische Aussprache.

Zusammenstoß zwischen Scheidemann und dem Kriegsminister.

Berlin, 28. Oktober. (Von unserem Berliner Büro.) In der heutigen Reichstags-Sitzung hat als erster Herr Scheidemann das Wort. Nach ihm soll außer einem Regierungsvize noch Herr Trimborn und Graf Westarp sprechen. Crippien wird keinesfalls, wie der „Vorwärts“ annahm, heute schon sprechen. Die Unabhängigen sind durch den Abzug der Kommunisten einige Klänge herunter gekommen. Für die Demokraten wird Herr Schiller voraussichtlich morgen reden. In parlamentarischen Kreisen wird vielfach bedauert, daß in der gestrigen Rede des Kanzlers kein Aktionsprogramm, wie es ursprünglich geplant war, entrollt worden ist. Diese Klage wird in der Aussprache wohl noch wiederholt laut werden.

Berlin, 28. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Herr Scheidemanns heutige Rede ist, worauf man nach Cassel gefaßt sein mußte, außerordentlich scharf. Er beginnt zunächst mit einem kleinen Geplänkel mit der deutschen Volkspartei. Sie hätte vor 4 Monaten noch erklärt, laßt uns einmal erst oben sein, dann werden wir die Sache schon machen. Der Reichskanzler hätte gestern solche Agitationsmethoden als charlatanhaft und lächerlich bezeichnet. Der Befehl, den die deutsche Volkspartei spendete, sei vielleicht als Zeichen beginnender Einsicht aufzufassen. Man hätte die Zwangswirtschaft abgebaut, aber eine Besserung sei nicht eingetreten. Wo bleibt die Besserung der Ernährung, der Saluta und der gesamten politischen Lage? Nach einer weiteren Polemik gegen die Deutschnationalen und ihren Hanoverischen Parteiführer stellt Herr Scheidemann, wie die Kommunisten und Unabhängigen, die Forderung: Aufnahme der Beziehungen zu Rußland. Trotz dem Bolschewismus seien Rußland und Deutschland aufeinander angewiesen. Dann folgen ein paar nationale Thesen. Der günstige Verlauf der Volksabstimmung in Schleswig-Holstein, Ostpreußen und Kärnten hätte bewiesen, daß der deutsche Volkswille eine Anziehungskraft auszuüben vermöchte, wie es in der Monarchie der habsburger und Hohenzollern nicht möglich gewesen wäre. Das alte Preußen hätte diese Länder geradezu zu Todfeinden dieses Staates erzogen. Jeder, der sich nicht loyal in den Dienst der neuen Republik stellt, müsse aus den Ämtern. Kampf auch jeder Reaktion in der Reichswehr. Damit ist er bei der Reichskammer, die in Cassel so stark befaßt wurde, des angeht wieder erkrankenden Militarismus, dem Herr von Seekt seinen mächtigen Schutz leihe, angelangt. In diesem Teil seiner Ausführungen behandelt der Spatzgewaltige von Cassel Herrn Gehler mit betonter Richtung. Er sei weiches Wachs in den Händen des Generals von Seekt. Er ziehe seinen Hut je tiefer desto besser vor den Herren mit den roten Streifen, deren allmächtiges Oberhaupt General von Seekt sei. Herr Dr. Gehler verbittet sich das durch einen erregten Zwischenruf und erklärt sich als allein Verantwortlichen. Aber Herr Scheidemann läßt sich in seinem Serman nicht stören und richtet mit kalter Bossheit immer schärfere Angriffe gegen das Offizierkorps der Reichswehr, dem er den Vorwurf macht, an Waffenschließungen beteiligt zu sein und dafür zu sorgen, daß die Ablieferung der Waffen sich nicht reiflos vollziehe. Keulich seien in Potsdam Maschinengewehre gefunden worden. Das ist — zu der Rechten gewendet — Ihr Geist von Potsdam.

Herr Scheidemann findet indessen in dem Kriegsminister seinen Meister. Kurz und schlagend, mit ein paar schneidenden Sätzen fährt Herr Dr. Gehler den Demagogenden ab. Herr Scheidemann hätte keinen Sinn für die ungeheure Tragik der Aufgabe des Herrn von Seekt, die sich dieser nach der Konferenz von Spa zu unterziehen habe, Tausende von Offizieren und Unteroffizieren zu entlassen. Wenn sich das bisher reibungslos vollzogen habe, so sei das nicht zum Gerinften Seekts Werk. Der Kriegsminister schließt: Wenn es die Republik zu führen gilt, dann brauchen Sie das Heer, sonst aber lassen Sie ihm in den Rücken und machen es vor dem Auslande schlecht. Lebhafter anhaltender Beifall auf allen Bänken, die Sämparen natürlich ausgenommen.

Dann hat zum Bericht über den Stand der Waffenablieferung Dr. Peters das Wort.

Zur Rede des Reichskanzlers

schreibt die Nationallib. Correspondenz u. a.: Reichskanzler Heberich schloß am Mittwoch die Rede, in der er die Erörterung einleitete, mit einem Bekenntnis zu größerer Arbeit und einem Appell an alle Parteien sowohl von Volk und Vaterland mit tätig zu sein. Diese Worte des Reichskanzlers drückten der Regierungsbildung den richtigen Stempel auf. Lebhafteste Zustimmung fand die außerordentliche Stellungnahme des Reichskanzlers. Sie bildete in dieser Beziehung einen unverkennbaren erfreulichen Gegensatz zu der Art, der früher gemachten auswärtigen Politik. Man hörte mit aller wünschenswerten Deutlichkeit die Forderung, daß das Versailles Friedensabkommen ein Ding der Unmöglichkeit sei. Der Reichskanzler nahm dabei mit erfreulicher Offenheit Stellung gegen die französische Politik. Er wies darauf hin, daß man Deutschland die Kräfte aufzuräumen habe und daß währenddessen Frankreich ein unangenehmes Heer aufrecht erhalte, das nur den einen Zweck verfolgen könne, den französischen Anspruch auf Hegemonie zu führen.

Auch darauf wurde hingewiesen, daß in Frankreich sich die unruhigen Kohlenmengen häufen, während in Deutschland ein Höchstmaß an Kohlenmengen abgebaut werden muß. Mit aller Schärfe wurde die Unmöglichkeit der feindlichen Belagerung hervorzuheben und zugleich die Verwendung schwarzer Truppen gebührend markiert. Der Reichskanzler sprach es klar aus, daß Frankreich, wenn die Belagerungslage die gleiche bleibe wie bisher, mit dem letzten Rest des deutschen Wohlstandes auch seine eigene Heilung auf Wiederherstellung vernichte. Das alles wurde, wenn auch ohne Aufheben, so doch mit einer Entschiedenheit vorgebracht, die weit entfernt war von den kläglichen Tönen, die man früher von derselben Stelle hören mußte.

Den deutschen Anhängern des russischen Bolschewismus gab es zu verstehen, daß sie sich selbst außerhalb der Rechtsordnung gestellt hätten, und daß die Regierung jeden Versuch, das russische Experiment am deutschen Körper zu wiederholen, mit allen Mitteln der Staatsgewalt verhindern werde. Die lärmende Unterbrechung der Sitten, die sich an diese Worte knüpfte, diente dem Reichskanzler dazu, diese seine Worte noch zu unterstreichen. Man nahm von der Rede den Eindruck mit, daß die Regierung zur unbedingten Wahrung der Staatssouveränität ihre volle Stärke tun wird.

Die Neue Freie Presse bemerkt:

Für uns in Deutschland ist es nach all den Jahren ein erhebendes Gefühl, im Deutschen Reich verstanden zu werden und zu wissen, daß der hier so oft gedrückte Wunsch nach einer nationalen Vereinigung jenseits der Grenze geteilt wird. Die Worte des Reichskanzlers hätten uns in der Überzeugung, daß nur von dem endlichen Sieg des Rechts die nationale Vereinigung erwarten dürfen.

Das rheinische Zentrum und die rheinische Republik.

Von Dr. Karl Lehmann-Coblenz.

Es scheint, als ob die Rheinländer die Zeit für gekommen halten, um wieder mehr für die rheinische Republik Stimmung zu machen. Die zweiwöchige Sperrzeit, in der auf gesetzlichem Wege die Abtrennung der Rheinlande von Preußen nicht durchgeführt und die rheinische Republik nicht errichtet werden konnte, ist ihrem Ende entgegen. Nun sollen von den Republik-Anhängern inzwischen die Gemüter so bearbeitet werden, daß bei der Volksabstimmung eine Mehrheit für die Absonderung zustande kommt.

Mit größter Bestimmtheit verlautete in der verflochtenen Woche, daß in dieser eine mittelhessische Zeitung zur Vertretung der Bestrebungen Dortens in Coblenz erscheinen solle. Sie soll, so wurde mitgeteilt, von der christlichen Volkspartei, dem während der letzten Reichstagswahlen entfallenden Ableger des rheinischen Zentrums, ein sogenannter Gutenbergverlag herausgegeben werden. Eine Ablegung dieser Veröffentlichung ist von der genannten Partei bisher nicht erfolgt, ebensowenig eine solche der weiteren Angabe, daß die Geldgeber für dieses neue Dorten-Organ außerhalb von Coblenz seien. Man versteht, was damit gemeint ist.

Anwendungsvoller als diese Bemühungen, der Dorten-Gruppe zu größerem Einfluß in der Bevölkerung zu verhelfen, ist aber die Tatsache, daß auch aus dem alten rheinischen Zentrum heraus neuerdings Äußerungen laut werden, die auf eine größere Lebendigkeit in der Vertretung des Gedankens der rheinischen Republik hindeuten. Am 7. Oktober fand in Coblenz im Besonderen eine Versammlung von Zentrumsvertretern statt, in der der Reichstagsabgeordnete und zugleich Geh. Reg.-Rat vom Coblenzer Regierungspräsidium v. Guérard Bericht erstattete. Dabei sagte er nach der Mitteilung des Coblenzer Zentrumsorgans u. a. folgendes: „Mit allem Nachdruck verlangen die rheinischen Abgeordneten eine Neugliederung des Reiches auf Grund unserer Stammesgenossenschaft unter Berücksichtigung der ganzen politischen und kulturellen Eigenart. Als freies Rheinland, in engster Verbindung mit den übrigen Ländern im Rahmen des Deutschen Reiches, sind wir überzeugt, dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes am besten dienen zu können.“

Es ist der ganze Sprachschatz der Rhein-Sonderländer, soweit sie im offiziellen Zentrum stehen, der hier in den Worten des Reichstagsabgeordneten Guérard zur Entfaltung kommt. Es kann nach dem Wortlaut nicht der geringste Zweifel sein, daß hier die volle Abtrennung von Preußen gefordert wird. Nicht nur: das Wort „Preußen“ wird in dieser Erklärung überhaupt nicht genannt, sondern auch: das „freie Rheinland“ wird hier den andern „Ländern“ im Rahmen des Deutschen Reiches, das „neugegliedert“ werden soll, durchaus gleichgestellt. Was aber vor allem wichtig ist, das ist, daß

Herr v. Guérard ausdrücklich seine Forderung als das Verlangen der „rheinischen Abgeordneten“ hinstellt. Er muß danach zwischen den rheinischen Zentrumsabgeordneten schon eine Konferenz zur Erörterung der Rheinlandfrage stattgefunden haben, in der die volle Einmütigkeit zur Verwirklichung des bisherigen preussischen Staates zu Tage getreten ist. Daß das der Fall ist, bezeugt übrigens am selben Tage in der gleichen Versammlung der Führer der Coblenzer Zentrumsgruppe, der zugleich Führer des Zentrums im Wahlkreis 21 (Coblenz-Trier-Birtenfeld) ist, Rechtsanwalt Boenarth. Herr Boenarth ist auch sonst ein Mann von einiger Bedeutung. Er wurde während der Friedensverhandlungen 1919 nach Versailles berufen, um dort dem Führer der deutschen Friedensabordnung, dem Auslandsminister Brodhorn-Kanhou, Vorträge über die Rheinlandfrage zu halten. Zudem: der Rechtsanwalt Boenarth ist neuerdings auch als Vertreter der Stadt Coblenz in den rheinischen Provinzialparlament gewählt worden, in dem das Zentrum eine Mehrheit von 100 Stimmen hat und der sich sicherlich alsbald mit der Rheinlandfrage beschäftigen wird. Daß Herr Boenarth einiger Ehrgeiz nachgelagert wird, der in einer rheinischen Republik zweifellos ein noch größeres Feld der Betätigung finden würde als in der Coblenzer Stadtverordneten-Versammlung, sei nur nebenher erwähnt.

Rechtsanwalt Boenarth also führte am 7. Oktober aus: Das Zugeständnis einer gewissen Autonomie könne uns nicht genügen: als kostbare Perle in der früheren Krone Preußens fordern wir dieselben Rechte, wie andere Bundesstaaten, fordern wir Gerechtigkeit! Sollen wir mit einem Stimm im Reichsrat uns begnügen, während andere Staaten, an Zahl und Bedeutung weit hinter uns stehend, fünf und mehr Stimm beanspruchen können! Unser rheinischer Führer Trimborn bietet uns die beste Gewähr, daß die rheinische Frage in unserem Sinne, ohne jede Schädigung des Reiches, eine Lösung finden wird.“

Hier wird also mit anderen Worten wiederholt, was der Reichstagsabgeordnete v. Guérard versichert hat, daß nämlich das gesamte rheinische Zentrum in dem Gedanken der Abtrennung des Rheinlandes von Preußen einig ist. Von Herrn Boenarth haben wir überdies noch ein besonderes Zeugnis dafür, wie er sich die Stellung eines rheinischen „Bundesstaates“ denkt. Es war am Tage nach dem Wiesbadener Putsch Dortens vom Juni 1919. Die Führer der Coblenzer Parteien, die zugleich Führer der Parteien des Wahlkreises Coblenz-Trier-Birtenfeld sind, wurden zur Entgegennahme eines Beschlusses über die Wiesbadener Vorgänge in das Coblenzer Oberpräsidium gebeten. Die übrigen Parteien waren für eine geschlossene Stellungnahme gegen Dorten, der sich Herr Boenarth aber erst ansetzte, nachdem ihm die mildeste Fassung gegeben worden war. Befragt, wie er sich denn einen rheinischen Bundesstaat vorstelle, sagte Herr Boenarth, er verlange für ihn u. a. auch das Selbstbestimmungsrecht. Diese Erklärung rief zunächst eine peinliche Stille hervor; dann wurde sie von den Vertretern der anderen Parteien sofort festgenommen.

Sie ergibt aus Deutlichkeit, was von der Phrase, die Herr Boenarth am 7. Oktober da, so, gebrauchte, zu halten ist, von der Phrase nämlich, daß die rheinische Frage in unserem Sinne ohne jede Schädigung des Reiches, eine Lösung finden wird.“ Diese Lösung in Boenarth'schem Sinne bedeutet nicht nur die Zerstückelung Preußens, sondern den ersten Schritt zur Bildung eines rheinischen Bundesstaates, also zur Auflösung des Deutschen Reiches.

Es ist an der Zeit, dem rheinischen Zentrum auf die Finger zu sehen!

Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Der Mittelrheinische Fabrikanten-Verein Mainz hielt am 26. ds. Mts. in Verbindung mit dem Verband Mitteldeutscher Industrieller und der Süddeutschen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller in Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Regierungsrates Dr. h. c. h. Haefliger-Höchst a. M. eine hart besetzte Mitgliederversammlung ab, in welcher Herr Bergassessor Freiberger von und zu Dornstein ein eingehendes Referat über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues erstattete. An dasselbe schloß sich eine rege Aussprache an, bei der sich außer dem Vorsitzenden die Herren Berarot Gröbeler-Weylar, Direktor Weller-Diedrich, Ost-Frankfurt a. M. und

Syndikus Neesmann-Rainz beteiligten. Die Versammlung nahm zu der vorliegenden Frage in folgender einstimmig angenommenen Erklärung Stellung:

„Die heutige Versammlung von mittelrheinischen und mitteldeutschen Industriellen und Vertretern der süddeutschen Industrie sprechen auf Grund eingehender Verhandlungen über die Überzeugung dahin aus, daß die Ausführung der von der Sozialisierungskommission gemachten Vorschläge über die Sozialisierung des Bergbaues die Wirtschaftlichkeit der Bergbauunternehmung in verhängnisvoller Weise beeinträchtigen würde. Durch die Ausschaltung des Privatunternehmers und durch die Überführung der Kohlenbergwerke in eine Verminderung und Verringerung der Produktion mit Sicherheit zu erwarten. Die Sozialisierung des Bergbaues hat aber das größte Interesse daran, die Kohlenförderung möglichst u. billig zu gestalten. Dies kann nur geschehen durch solche Verbesserungen der Bergbauwirtschaft, bei denen unter Wahrung der gemeinwirtschaftlichen Interessen die Initiative und Sachkunde der Bergbauunternehmer in hohem Maße gewahrt bleiben. Es wäre verhängnisvoll für die deutsche Wirtschaft, wenn man lediglich einer unvollständigen Sozialisierung zuliebe Sozialisierungsexperimente unternähme, die nach allen Erfahrungen zu einer Untergrabung der gesamten Wirtschaft führen könnten.“

Deutsches Reich.

Für die künftige Gesundheit unseres Volkes

Setzt sich der Arbeitsausschuß der Konferenz Deutscher Christlicher Arbeitsorganisationen in einem Aufruf ein, der für die künftige Arbeit gegen die heillosen Schäden auf dem künftigen Arbeitsgebiete gefordert und — außer an die Kirchenorganisationen — vorwiegend an die evangelischen Frauenwelt gerichtet ist. Mit Bezug darauf heißt es u. a.: „Wenn jetzt die größere und reichliche Interessiertheit unserer Arbeitsvolkes, die Frauenwelt, zu amtlicher Mitarbeit an dem Aufbau der christlichen Gemeinde berufen wird, so ist auf keinem anderen Tätigkeitsfeld ihr Wirken dringlicher und fruchtbarer zu kommen zu lassen, als auf dem der Pflege ihrer eigenen Angelegenheit, der Gesundheit der schwer erkrankten Sexualität, des Wiedererbaus des zerstörten Familienlebens.“ Bei den unaufrichtlichen Gegenmeinungen gegen den künftigen Verfall ist es mit noch so vielen Mahnungen bei der Wortverkündung und Seelsorge, mit noch so gut qualifizierten Predigten und Entschuldigungen allein nicht getan. Es bedarf hier durchaus der sorgfältigen, planmäßigen, zielbewußten Arbeit im überörtlichen Wirkungsbereich. Und diese Arbeit ist nicht nur der Pflege schwerer künftiger Familienlebens, zur Erhaltung jeder vorfallenden Ehe, zur Bewahrung und Rettung jedes gefährdeten Frauen- und Jungmädchenlebens, ist es vor allem der christlichen Frau. Hier würde sie den größten Anteil an den friedensnotwendigen vorzusehenden Reaktionen des Gemeinlebens gewinnen können. Hier würde nicht die bloße Arbeit und Willkür freier Verantwortlichkeit, sondern der ernstliche Pflichtenaufruf der geordneten Gemeinde ihr Tun legitimieren.“

Am Anschluß daran fordert der Aufruf dazu auf, auch die neugegründete Volksgemeinschaft zur Wahrung von Anstand und guter Sitte zu unterstützen und alleorten mit den Leitern der kirchlichen Vereine sowie mit tatkräftigen Männern und Frauen Arbeitsgemeinschaften zur Bekämpfung der künftigen Schäden einzurichten.

Der Fall Augustin.

Der Fall Augustin (von unv. Ber. Wfr.) Die heutige Ausgabe des Falles Augustin (sogenannte Korbau-Gesellschaft) ist ursprünglich aus einer landwirtschaftlichen Auskunftsstelle für das besagte Gebiet entstanden, die während des Krieges die besagten Gruppen mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln versorgte. Die Besetzung von fremden Gebieten genügt der Regierung des Landwirtschaftsministeriums nicht mehr und im Sommer 1918 ist deshalb die landwirtschaftliche Betriebsstelle für Korbauwirtschaft schließt worden. Als der Bund laut wurde, zur Unterstützung der heimischen Ernährung auch diejenigen besetzten Gebiete des Reiches, die guten Ackerboden hatten, wurde die letzte Überbaugesellschaft am 21. Juli 1918, unter Beteiligung des Reiches und verschiedener staatlicher Behörden, sowie unter Mitwirkung hiesiger deutscher Firmen der landwirtschaftlichen Betriebe und Dönerindustrie, auch hervorragender Sachverständiger begründet. Auch die Herren v. Helldorf und Bergl-Schwarz wurden herangezogen. Das Reich übertrug die Unternehmung dadurch, daß es die Hälfte der erforderlichen Betriebskapitalien zur Verfügung stellte, die hiesigen landwirtschaftlichen Betriebe zu übernehmen. Das Stammkapital der Überbaugesellschaft beläuft sich auf 3 Mill. Mark. Sie beschäftigt sich nach Begründung des Korbau-Unternehmens seitdem mit der heimischen Landwirtschaft, mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln zu versorgen. Nach dem Ende der Korbauunternehmung von Wrotem, Ost-Brandenburg u. a.

Der Widerpenfigen Zähmung.

Von Karl Göttinger (Karlsruhe).

25) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Wie riesige Salgen kamen ihm die entlaubten Bäume vor, die ihre leeren Äste gleich Querbalken streckten, und er dachte: „Werr sollt ich uffentel! Da drowwe sollt merr sich uffentel, um der Wind dhät ein schaukeln, ganz samst um die Giechhündle kam“ gehippt un dhät mich aaglöse un dhät denke: „So'n große Lannezappe hamw ich meiner Leddoh noch kaan geguckt!“ Unn e Bögelche kam, un dhät sich uff mei Schultter hoch, un seh' sich m'ischaukeln! Unn wann ie mich dann haamgebrocht hätt, dann dhät' der obi Windergerst widder e neu Kreuz zu schnitzeln, un des praktisch Kättche dhät sage: „Jedz kann ich mei Trauerkleider gleich noch emal benütze un broach merr ka neue aazuschaffe!“

Seine Gedanken verwirren sich, und plötzlich tauchte aus der Wiernis eine andere Episode seines Lebens auf, und er sah sich im Obenwald stehen, auf dem Gipfel des Reilbotus, wie er dem Kättche die Welt zeigte: „Gud, lies Kättche, die Kabur, die is e groß Sparfass, viel größer als wie die Offenbacher Städt'ich Sparfass, un wann merr emol in Seelennot komme, dann hewe merr aasach in dere Sparfass en Poste Erquickung un Trost ob, — un wann merr noch noch so viel abhewe, des Guthabe nemmt ka End“

Und nun war die Seelennot da, aber die Natur spendete keinen Trost, das Guthaben war erschöpft, und er fühlte, nie wieder würde ihm diese Sparfasse Erquickung auszahlen.

Ja, Windergerst hatte recht: das Leben ist eine Gemeinheit. Uns so unarmherzige Gemeinheit, daß die guten Kerle, wie Adolf Borges, niemals mit ihm zurecht kommen können.

11.

„Wann des so weider geht“, sagte Herr Feldmann, „dann müsse merr'n halt entlasse. Der packt uns ja die ganz Baar dorchemanner, habbt die verfehrt Adressie uff die verfehrt Paketscher, — es geht net mehr!“

Der die Herr Schröder seh' seinen Teilhaber ausschimpfen, dann bemerkte er: „Entlasse? R Mann, wo so lang im Geschäft is?“

„Wann' amwer doch Alles vertebert medt?“

„Wo so lang im Geschäft is?“

„Wann amwer doch alles Erwahnne un Zurebbe n'r hilft?“

„Wo so lang im Geschäft is?“

„Soll' merr'n vielleicht for's Rixdhan un Verleht-mache füttern?“ schrie nun Herr Feldmann wütend.

„Ja, des solle merr!“ sprach der die Schröder mit Ueberzeugung. „Well e Mensch ka gepolte Fedder is, die merr wegwerft, wann merr se tabut geschriww hat. Ich gebb's zu, der Adolf is net mehr, was er war. Seit sei Bub dhät is, schreit 'n Alles worcht zu sel, un ich habb mich schonn grie un blau gedüert imw' die ewig Leichbetümmen. Dann ich will oergnigte Mensch un mich aude, mei Lewe is merr schwer mes genucht! — Amwer entlasse? Rao, Hermann, des mache merr net. Wer emal bald dreißig Jahr im Geschäft is, der is bei merr pensionsberechtigt. Net bei 'er Pensionsanstalt mit hundert Paragraphen un sechshundert Klausel, sonnern bei der Pensionsanstalt da drin!“

Und damit schlug er sich auf den biden Bauch, ungeführt in die Gegend, wo sein Herz isch, das zwar ein Fettherg war, aber ein sehr gutes Fettherg.

„Wach, was De willst!“ brummte Herr Feldmann.

„Des is e ahl Gemohndheit von merr, daß ich mach, was ich will. Unn se is merr bis jedz gut bekomme. Also merr wern de Adolf net entlasse. Amwer en zweite Kaufsaker wern merr dazu engagieren, en Junge, der em so nach un nach die Arbeit aus de Finger nemmt. Des werr's Geschäft noch noch trage könne, ohne daß es pleite werd!“

So tauchte ein zweiter Käufer in der Firma Feldmann u. Schröder auf, und Adolf, der sich zu Hause so überflüssig vortam, kam sich bald auch im Geschäft überflüssig vor.

„Se solle mich dachsfage un austopps un als Modellfigur ins Schaufenster stelle.“ dachte er. „Dann dhät ich all die neue Kleider trage, viel schenere Kleider, als wie ich in mein ganze Lewe getrage habb. Unn ich dhät e recht kleidnerdig Gesicht mache un dhät e bissi mit de Logo zwintere, daß redt viel Kundschafft ereitäm un kaufe dhät, dann der Herr Schröder is immer ostänmig zu merr gewese. Ror wann der eilig Kaffetter vorbeistäm, dhät ich die Jung erousstrecke. Unn vielleicht kam noch als des Kättche vorimere un dhät dem Wrin oder Korserich, wo se dann achlerter dhät, des Schaufenster seige: „Gud, des is mel erlicher Mann!“ Unn vielleicht dhät se'm auch sage: „Ach unglücklich Broal Kaufsaker! dhät ich hamme könne, un en Korserich muß ich kriehel!“

Er schaute vor sich hin. Ein Lächeln, in dem viel Mitleid mit sich selbst lag.

Sein Oberleben war ein unheilbar Kranker, das sah er nun selbst ein. Weder mit Gewalt, wie es Petruschko in dem Theaterstück fertig gebracht hatte, noch mit Güte war eine Widerpenfige wie Katharina zu zähmen.

„Werr seht, daß aus der edelich Lieb mit de Jahren der still Freundschaft erauschneippt wie e hintelche aus'm Öl — amwer mei Oh is e Winder. Da schluppt kaa Freundschaft eraus un ka Kameradschaft, un wann ich noch hundert Jahr druff erumbriüt! Des Ei, des hat der Delmeu gelegt.“

Katharina war seine Ehe seit einiger Zeit gewöhnter geworden. Katharina machte ihm kaum mehr Sorgen, sie schien es nicht mehr der Mühe wert zu halten. Sie behagte ihm jetzt mit e nem verächtlichen Lächeln, sie benahm sich ihm gegenüber etwa wie ein Lehrer, der einen Schüler einseitig aufgegeben hat. „Wozu sich noch über solch einen Menschen ärgern?“ Da ist ja doch Hopfen und Malz verloren.“

Adolf bekam pünktlich sein Essen, sein Zimmer wurde ausgeräumt, seine Wäsche wurde gewaschen und gestrichelt — mehr hatte er nicht zu beanspruchen.

Um so eifriger beschäftigte sich Katharina nun mit sich selbst. In ihr war offenbar endlich die weibliche Lust erwacht; sie, die bisher stets im Aufzug e-ner Aufwandslos im Hause herumgetobt hatte, begann plötzlich Wert auf ihre eigene Kleidung und eine ordentliche Frisur zu legen. Sie abonnierte eine billige Modenzeitung, schmückte sich mit Wäusen, ja sie fing sogar an, ihre Fingerringel zu pflegen. Wurde eine gute Kunstin des blondgelockten Herrn Hippelmann.

Das Glanzstück ihrer Ausstattung war ein großer, feinstelliger Sonnenschirm, der jedem Regenschäufelchen zur Nöhereicht hätte. In der Wüste hätte der Sonnenschirm sich sehr dekorativ gemiekt. — In Offenbach blieben die Herren stehen, wenn Kathäthen das Monstrum loszieren trug und dachten: „Da muß e Farwe-Fabrik explodiert sel!“

Katharina aber hatte sich von je wenig um die Meinungen anderer Sterblicher gekümmert; sie fand den Schirm unheimlich voll, und sie machte es den Kritikern gegenüber wie der Kaiser in der Fabel, der behauptete, die Rachtigall beneide ihn um seine schöne Stimme.

Adolf hatte anfangs die Verberung in Katharinas Verbindung mit freudiger Hoffnung gesehen. „Se will mich an sich locke!“ sagte er sich. „Se will merr widder entasse.“

Und er beschloß, ihr auf halbem Wege entgegen zu kommen, und dachte schon daran, sein Dachstübchen aufzugeben.

Über der erste Annäherungsversuch wurde mit so unheimlichem Hohn aufgenommen, daß er keinen zweiten wagen konnte. Obwohl ihn Windergerst da u ermunterte.

(Fortsetzung folgt.)

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

5. Deutscher Bankiertag.

Im Anschluß an die von uns im Auszug wiedergegebenen Referate über „Die Anforderungen der heutigen Volkswirtschaft an die deutschen Effektenbörsen“ fand eine Diskussion statt.

Der Vorsitzende Geheimrat Rießler betonte nochmals, daß das Bankgewerbe im vorläufigen Reichswirtschaftsrat durch ein Mitglied für die Großbanken und ein Mitglied für die Hypothekendarlehenbanken nicht genügend vertreten sei; es müßte unbedingt auch für die Provinzialbanken sowie für die Privatbankiers weitere Sitze zugestanden werden.

Bankier Louis Jacoby (in Firma Gebr. Stern, Dortmund) wendete sich gegen die beabsichtigte Sozialisierung des Kohlenbergbaus, die durch die bisherigen praktischen Erfahrungen durchaus nicht gerechtfertigt sei.

Jacques Steinschneider (in Firma J. Steinschneider, Hamburg) bemängelte, daß der Bankiertag sich nur mit allgemeinen Fragen beschäftige, während die Mißstände aber übergehe. Das Devisengeschäft ermöglichte Spekulationen großer Gewinne, und zwar, da die letzte Abwärtsbewegung der Mark durch zum mindesten mitverantwortlich worden sei, zum Schaden der Allgemeinheit. Solche Gewinne müßten steuerlich weit schärfer belastet werden.

Justizrat Solmsen wendete sich gegen Verallgemeinerungen des Vorkredites. Die Devisengewinne müßten verbucht werden und ständen daher dem Steuerzugriff offen.

Dr. Jordan-Mullinckrodt, der bekannte Urheber des Kreditstiftungs-Organisations-Projektes für die Industrie, verteidigte seine Pläne gegen die Stellungnahme einzelner Referenten, die zum Teil in Mißverständnissen ihre Ursache habe. Der Plan, der theoretisch die Zustimmung aller interessierten Kreise in Industrie, Handel und Landwirtschaft gefunden habe, sei nicht zur Durchführung gekommen, weil die Entscheidungskraft bei der Industrie schließlich doch gefehlt habe. Dem Projekt einer Reichswirtschaftsbank stehe auch er durchaus ablehnend gegenüber.

Dr. Salomonson (Disconto-Gesellschaft) betont demgegenüber erneut, daß eine Kreditnot überhaupt nicht bestehe, eine neue Organisation zur Abhilfe daher durchaus nicht notwendig sei, und zwar umso weniger, als die bisher vorgeschlagenen Pläne durchweg auf Neuschaffung von Noten, d. h. Verstärkung der Inflation, hinausliefen.

Zum Schluß wandte sich Max Warburg gegen eine bloße Negierung der Sozialisierung. Er hofft, daß wir gerade hier in Deutschland zu einer neuen Methode der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, aber unter Ausschaltung des Staates, kommen werden. Herr Dr. Jordan wolle eine neue Komplizierung einführen. Die Neugründung einer großen zentralisierenden Organisation sei unbedingt abzulehnen. Die Krise, die wir gegenwärtig durchmachen und die sich in Arbeitslosigkeit zeige, sei eben keine rein deutsche, ihre Ursache Auftragsmangel. Kämen erst wieder Aufträge, so würden auch die Rohstoffe zu beschaffen sein; denn die Länder, die solche produzierten, müßten sie auch absetzen.

Aldann wurde eine Resolution

über die Aufgaben des Bankgewerbes beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft angenommen. Darin wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich das deutsche Bankgewerbe während des Krieges und in der Zeit der Übergangswirtschaft aufs Beste bewährt habe. Es werde den berechtigten Kreditansprüchen von Handel, Industrie und Landwirtschaft auch weiterhin völlig genügen. Solange ausreichende internationale Kreditkredite nicht zur Verfügung ständen, sei die Pflege des Veredelungskredites eine wichtige Aufgabe.

Der Gedanke, ein neues Sonderinstitut oder eine besondere Organisation zu schaffen, sei als für das deutsche Wirtschaftsleben gefährlich abzulehnen.

Der Bankiertag halte Eingriffe der Banken oder Bankiers in das Tätigkeitsgebiet der Sparkassen für unerwünscht, wenne aber auch vor einer weiteren bankmäßigen Ausgestaltung der Sparkassen und Girozentralen.

Der Überführung der Betriebe mit neuen gesetzlichen Vorschriften müsse Einhalt getan werden.

An den Grundlagen des bewährten Grundkreditsystems solle nicht gerüttelt werden.

Eine Rückkehr der Kommunen zu solider Finanzgebarung sei unerlässlich.

Der Bankiertag wendet sich schließlich gegen die unzulässige Vertretung des Bankgewerbes im vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Er verlangt mit Rücksicht auf die Bedeutung des Bankgewerbes eine Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates, die Gewähr dafür biete, daß der sachverständige Rat der deutschen Banken und Bankiers ausreichend zur Geltung komme.

Börsenberichte.

Amliche Preise der Mannheimer Produktenbörse

per 100 kg wasserfrei, Mannheim einschl. Sack.
Mais, naben gelb, Liplatamais M. 420—425, Kleinsamen, neuer inl. Röhles M. 2900—2900, inl. Luzerne 3000—3000, Wicken 250 bis 320, Erbsen (inl.) 400—550, Erbsen (ausl.) 400—530, Bohnen Rangoon 325—335, Brasil 320—330, Linsen (inl.) 850—950, ausl. 600—725, Ackerbohnen 350—360, Wiesensheu 100—110, Kleheu 110—120, Preßstroh 60—65, geb. Stroh 55—60, Bierstreu 175 bis 185, Rapskuchen ohne Sack 190—200, Kokoskuchen (inl.)

Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte		Pfl. Hyp.-Bank		Div.	
1000 Reichsmark	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00
500 Reichsmark	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00
100 Reichsmark	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00
50 Reichsmark	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00
10 Reichsmark	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00
5 Reichsmark	0.50	0.50	0.50	0.50	0.50
1 Reichsmark	0.10	0.10	0.10	0.10	0.10
50 Pfennig	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05
10 Pfennig	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01
5 Pfennig	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005
1 Pfennig	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001

Berliner Börse.

Festverzinsliche Werte		Pfl. Hyp.-Bank		Div.	
1000 Reichsmark	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00
500 Reichsmark	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00
100 Reichsmark	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00
50 Reichsmark	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00
10 Reichsmark	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00
5 Reichsmark	0.50	0.50	0.50	0.50	0.50
1 Reichsmark	0.10	0.10	0.10	0.10	0.10
50 Pfennig	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05
10 Pfennig	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01
5 Pfennig	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005
1 Pfennig	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001

zirka 185—195, Reis M. 850—1050, Raps M. 900—1000, Leinsaat 850—875.

Tendenz: stetig, Raubfuder und sonstige Futtermittel fester.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 28. Okt. (Draht.) Eine feste Haltung ist an der Börse eingetreten. Am Beginn waren wohl in einigen wenigen Papieren noch Abschwächungen zu bemerken, doch wirkte dies auf die Gesamtstimmung nicht zurück. Die von den Abgaben der beiden letzten Tage zunächst betroffenen Papiere konnten sich weiter befestigen. Im Mittelpunkt des Interesses standen wiederum Buderus, welche mit 302 in den Verkehr traten und sehr bald einen Kurs von 614 erreichten, auch Mannesmann blieben höher gesucht, bei Gelsenkirchener, Oberbedarf und Hahnke stellten sich die Gewinne anfänglich auf ca. 2—5%. Laurahütte unterliegen einem Kursdruck von 15%, auch Harpener schwächer, 460, dann wieder fester. Daimler-Motoren waren um 5% erhöht, Adlerwerke Kiewer zogen 9% an. Anfänglich Elektrizitätsaktien höher. Große Käufe bemerkte man in Siemens u. Halske, 370—375, plus 25%. A. E. G. stiegen auf 320—338, Bergmann und Schuckert fest, Deutsch-Übersee-Zertifikate 1145 plus 20%. Für chemische Werte war die Tendenz überwiegend fest. Besondere Beachtung fanden Badische Anilin, plus 11%, auch Höchstfarben, Rütgerswerke sowie Lackfabrik Schramm und Holzwerkstoff fest. Etwas lebhafter Kauftrieb stellte sich in Kassapapieren ein. Besonderes Interesse begegneten Spinnerei Pränker u. Wörker, Mammensen, Cementwerk Heidelberg, Maschinenfabrik Karlsruhe, Bad. Uhrenfabrik, Badische Bank erneut steigend. Im Verlaufe Deutsch-Luxemburger lebhaft. Rhein Stahl gewonnen 3%. Im freien Verkehr Augsburg-Nürnberg 339 genannt, Orenstein u. Koppel 405, Lederwerke 176—181—186, Mexikaner lebhaft und höher, Baltimore 495, plus 20%, Münchener Kuxe 250. Die Grundtendenz blieb weiterhin fest.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 28. Okt. (Draht.) Die heutige beträchtliche Anstiege der ausländischen Devisenkurse gab neuen Anreiz zu Käufen in Industriepapieren; hauptsächlich bildeten wiederum Montanwerte das Kaufobjekt, bei Kurssteigerungen von über 20%; Buderus sogar 50% und Bochumer 15% höher. Von Elektrizitätswerten gewannen Siemens u. Halske 20%, die übrigen Werte hatten Steigerungen bis 13% zu verzeichnen. Farbwerke begegneten reger Kauftrieb und stiegen teilweise bis 20%. Von Spezialwerten sind Augsburg-Nürnberg mit 5, Hirsch Kupfer mit 15 und Rheinmetall und Deutsche Kali mit 19% Steigerungen hervorzubringen. In Orenstein u. Koppel wurde die Aufwärtsbewegung durch Gewinnrealisation gehemmt. Auslandswerte stiegen bei mäßigen Umsätzen verhältnismäßig wenig, das Geschäft war nicht gleichmäßig lebhaft und reger; Umsätze erfolgten namentlich in oberschlesischen Werten. Der Anlagemarkt war wenig verändert.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 28. Okt. (Draht.) Am Produktenmarkt stellten sich Mais im Zusammenhang mit der Steigerung der Devisenkurse leiser. Auch Hülsenfrüchte befestigten sich bei Zurückhaltung des Angebots. Lupinen lagen in geringen Sorten fester. Auch für Sorgho bestand gute Meinung. Mischfutter war wenig am Markt. Oelarten waren im Zusammenhang mit der Devisensteigerung mehr begehrt. Rübren wurden vielfach angeboten. Heu war in guter Ware fest. Für Stroh stellten sich die Preise höher.

Devisenmarkt.

Frankfurt, 28. Okt. (Draht.) Im Frühverkehr sind die Kurse für Valuten bei lebhaftem Geschäft steigend. Feste Haltung war auch im offiziellen Verkehr zu beobachten. Es notierten: Antwerpen 400 (offiziell 490), Holland 2250 (2270), London 254 (258.75), Paris 460 (473), Schweiz 1150 (1171), Italien 267.50 (276), New York 73.50 (74.75).

Frankfurter Devisen.

Land	27. Okt. Gold Brief	28. Okt. Gold Brief	27. Okt. Gold Brief	28. Okt. Gold Brief
Norwegen	107.30	107.30	107.30	107.30
Schweden	107.30	107.30	107.30	107.30
Dänemark	107.30	107.30	107.30	107.30
Polen	107.30	107.30	107.30	107.30
Ungarn	107.30	107.30	107.30	107.30
Yugoslawien	107.30	107.30	107.30	107.30
Rumänien	107.30	107.30	107.30	107.30
Brasilien	107.30	107.30	107.30	107.30
Argentinien	107.30	107.30	107.30	107.30
Chile	107.30	107.30	107.30	107.30
Peru	107.30	107.30	107.30	107.30
Kolumbien	107.30	107.30	107.30	107.30
Venezuela	107.30	107.30	107.30	107.30
Guatemala	107.30	107.30	107.30	107.30
El Salvador	107.30	107.30	107.30	107.30
Honduras	107.30	107.30	107.30	107.30
Nicaragua	107.30	107.30	107.30	107.30
Kuba	107.30	107.30	107.30	107.30
Guatemala	107.30	107.30	107.30	107.30
El Salvador	107.30	107.30	107.30	107.30
Honduras	107.30	107.30	107.30	107.30
Nicaragua	107.30	107.30	107.30	107.30
Kuba	107.30	107.30	107.30	107.30

Frankfurter Notenmarkt

Land	27. Okt. Gold Brief	28. Okt. Gold Brief	27. Okt. Gold Brief	28. Okt. Gold Brief
Amerikanische Noten	14.50	14.50	14.50	14.50
Belgische Noten	14.50	14.50	14.50	14.50
Dänische Noten	14.50	14.50	14.50	14.50
Englische Noten	14.50	14.50	14.50	14.50
Frankennoten	14.50	14.50	14.50	14.50
Holländische Noten	14.50	14.50	14.50	14.50
Italienische Noten	14.50	14.50	14.50	14.50
Oesterreich. abgeseht.	14.50	14.50	14.50	14.50

Tendenz: lebhaft und sehr fest.

Berliner Devisen.

Land	27. Okt. Gold Brief	28. Okt. Gold Brief	27. Okt. Gold Brief	28. Okt. Gold Brief
Norwegen	107.30	107.30	107.30	107.30
Schweden	107.30	107.30	107.30	107.30
Dänemark	107.30	107.30	107.30	107.30
Polen	107.30	107.30	107.30	107.30
Ungarn	107.30	107.30	107.30	107.30
Yugoslawien	107.30	107.30	107.30	107.30
Rumänien	107.30	107.30	107.30	107.30
Brasilien	107.30	107.30	107.30	107.30
Argentinien	107.30	107.30	107.30	107.30
Chile	107.30	107.30	107.30	107.30
Peru	107.30	107.30	107.30	107.30
Kolumbien	107.30	107.30	107.30	107.30
Venezuela	107.30	107.30	107.30	107.30
Guatemala	107.30	107.30	107.30	107.30
El Salvador	107.30	107.30	107.30	107.30
Honduras	107.30	107.30	107.30	107.30
Nicaragua	107.30	107.30	107.30	107.30
Kuba	107.30	107.30	107.30	107.30

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Ausdehnungsbestrebungen der Deutschen Bank.

Wie die „Köln. Ztg.“ erfährt, wird in den ersten Tagen der kommenden Woche in Berlin die Sitzung des Aufsichtsrats stattfinden, die sich mit der bereits längst angekündigten Angliederung weiterer Bankunternehmungen an das Riesengeschäft der Deutschen Bank befassen soll. Dabei wird es sich, wie schon mitgeteilt, um drei nordwestdeutsche Banken handeln, die schon seit vielen Jahren zur Gruppe der Deutschen Bank gehörten, nämlich um die Hildesheimer, die Hannoverische und die Osnabrücker Bank. Außerdem soll die Württembergische Vereinsbank in Stuttgart angegliedert werden, wobei zu bemerken ist, daß es sich ebenfalls um eine Bankengruppe handelt; denn die Stuttgarter Bank stellt mit der Württembergischen Bankanstalt vorm. Pflaum u. Co. zu Stuttgart seit langem im Kartellverhältnis.

Kreishypothekendarlehen. Das Institut, das sich infolge seiner hohen Franken-Vorpflichtungen unter Geschäftsaufsicht stellen lassen mußte, verzeichnet in seiner Liquidationsbilanz per 30. September d. J. in Franken zu 10 A ungerundet Franken-Schulden von 7 1/2 Mill. A, außerdem rund 35 Mill. Mark-Schulden, wogegen an Aktiven 40 Mill. A vorhanden sind, sodaß sich also eine Unterbilanz von 27 1/2 Mill. A ergibt.

Überfremdungsgefahr bei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. Bei der Gesellschaft soll demnächst, wie die Voss. Ztg. erfährt, eine Aufsichtsratsitzung stattfinden, die sich mit den Maßnahmen zur Verhinderung einer Überfremdung durch die Gesellschaft beschäftigen soll. Es wird in diesem Großindustrienrat behauptet, daß trotz eingegangener Interessengemeinschaft immer noch der Kampf Stinnes gegen Kirdorf fortdauere, da Stinnes die Majorität von Gelsenkirchen noch nicht besitzt und die neuen Maßnahmen dazu bestimmt sind, zu verhindern, daß er sie erlangt.

Neueste Drahtberichte.

Zur Verkehrslage im Ruhrrevier.

Essen, 27. Okt. Den steigenden Ansprüchen an Wagenstellung, welche die verhältnismäßig günstige Förderung der vergangenen Wochen im Gefolge hatte, vermochte die Eisenbahn während der gegenwärtigen Verkehrslage nicht gerecht zu werden. Trotzdem sich die Wagenstellung von 1918 auf 20 500 Wagen hoch, blieb die Zahl der angeforderten Wagen im Durchschnitt um 10% hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Unter diesen Umständen erfährt die Haldebestände bis zum 26. Oktober einschließlich eine Zunahme auf 100 500 Tonnen. Die Kipperleistung in den Duisburg-Ruhrorter Häfen sank von 32 400 auf 31 051 Tonnen werktäglich, während der gesamte Brennstoffumschlag in den Kanalarbeitsstätten sich um etwa 1000 Tonnen günstiger stellte. In der vergangenen Woche ging das Angebot von Loerrum etwas zurück.

Ankauf amerikanischer Dampfer des Harriman-Konzerns.

Berlin, 28. Okt. (Eig. Draht.) Gestern Abend ist der amerikanische Dampfer „Mystic“ (6044 Brutto-Register-Tonnen), der dem Gemeindesitz der Hanag und des Harriman-Konzerns angehört, im Hamburger Hafen angekommen. Damit ist im Laufe der Woche der zweite Dampfer dieses Dienstes eingetroffen. Der zuerst angekommene ist ein dänischer Charterdampfer und fährt heute Abend wieder nach New York ab.

Erföffnung der Flansburger Börse.

Vorgestern wurde in Flensburg eine Börse eröffnet, die hauptsächlich dem Effektenhandel dienen wird.

Schmelz- u. Hüttenwerk Oberachneide A. G. in Berlin.

Unter dieser Firma wurde im März d. J. eine Aktiengesellschaft mit 4 Mill. A Kapital gegründet, deren Zweck der Bau von Müll- und Platten-Verwertungsanlagen war. Am 1. Okt. 1920 erfolgte gemeinsam mit der zum Klückener-Konzern gehörenden Maschinenbau-Anstalt Humboldt Köln-Kalk eine Erweiterung resp. Neugründung der Oberschönevide-Aktiengesellschaft unter der Firma „Gesellschaft für den Bau von Müll- und Platten-Verwertungsanlagen Akt.-Ges.“ mit einem Aktienkapital von 8 Mill. A. Die neugegründete Aktiengesellschaft übernimmt die Projektierung und Bauausführung der Müll- und Platten-Verwertungsanlagen.

Bavaria Schiffahrts- und Speditions-A. G. Bamberg.

München, 28. Okt. (Eig. Draht.) Die 1919 mit 1 Mill. Mark Kapital gegründete Gesellschaft erzielte im ersten Geschäftsjahre einen Rohgewinn von 1 122 331 A. Aus dem verbleibenden Reingewinn von 312 816 A wurden 10% Dividende verteilt. Der Aufsichtsrat wurde durch Zuwahl der Herren Geh. Landesökonomierat Dr. Heim und Geh. Hofrat Held ergänzt.

Oberbayerische Hotel-A. G. Garmisch.

Der Abschluß für das erste Geschäftsjahr ergab nach Abzug von 2088 A Abschreibungen einen Verlust von 1260 A bei 63 Mill. A Aktienkapital. Die Gesellschaft hat vor kurzem beschlossen, ihr Aktienkapital um 1 1/2 Mill. A zu erhöhen.

Viehmarkt.

Karlsruhe, 28. Okt. Die Zufuhr des letzten diesigen Viehmarktes waren wesentlich geringer als bei den vorhergehenden Märkten und betrug nur 255 Stück. Die Preise für gute Ware stellten sich höher wie früher; sie bewegten sich bei Rindern zwischen 6 und 10 A, bei Schlachtrehweinen zwischen 16 und 18 A das Pfund Lebendgewicht. Läufer kamen auf 250 bis 1000 A das Stück.

Frankfurter Börse.		Pfl. Hyp.-Bank		Div.		Deutsche Reichsbank		2.40% Goldsch. A. P.		28. 27.		Anglo Continental		Div.		28. 27.	
100 Reichsmark	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00
50 Reichsmark	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00	50.00
10 Reichsmark	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00	10.00
5 Reichsmark	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00
1 Reichsmark	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00
50 Pfennig	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05	0.05
10 Pfennig	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01
5 Pfennig	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005	0.005
1 Pfennig	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001	0.001

